
Frankreich im langen 20. Jahrhundert

Rezension von: Matthias Waechter,
Geschichte Frankreichs
im 20. Jahrhundert, C. H. Beck, Mün-
chen 2019, 608 Seiten, gebunden, € 34;
ISBN 978-3-406-73653-7.

Der aus Nordrhein-Westfalen stammende Autor, der das europäische Hochschulinstitut CIFE in Nizza leitet und an der Universität Freiburg/Breisgau als Privatdozent lehrt, ist u. a. auf die neuere Geschichte Frankreichs und die deutsch-französischen Beziehungen spezialisiert. 2007 erschien von ihm „Der Mythos des Gaullismus. Heldenkult, Geschichtspolitik und Ideologie“, 2011 „Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing. Auf der Suche nach Stabilität in der Krise der 70er Jahre“.

Um die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts zu verstehen, reicht die nationalstaatliche Perspektive nicht aus, denn wichtige historische Entwicklungen und Strukturen waren nicht national spezifische, sondern gesamt-europäische Phänomene. Andererseits waren die nationalstaatlichen Entwicklungspfade sehr unterschiedlich und die daraus erwachsenen Erfahrungsdifferenzen enorm. Die Reihe „Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert“ von C. H. Beck geht daher den Weg, die Geschichten der europäischen Staaten und Gesellschaften je für sich zu erzählen, dies aber im Kontext der europäischen Entwicklungen und der globalen Verflechtungen. „Auf diese Weise ... sollen die Nationalgeschichten aus ihrer Selbstbezogenheit gelöst werden, ohne die Eigendynamik

und die spezifischen Traditionen der einzelnen Länder zu vernachlässigen“ (S. 8).

Die 3. Republik bis 1914

Das erste Kapitel befasst sich mit den tiefgreifenden Veränderungsprozessen in der 3. Republik zwischen 1880 und 1914. Der Band bietet also eine Geschichte des „langen 20. Jahrhunderts“. Die Zäsuren der Jahre 1914, 1940, 1962 und 1981 gliedern die diachrone Darstellung von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. In jedem der fünf Kapitel wird ein Querschnitt eingefügt. Weil dies in allen Bänden der Reihe an etwa gleichen Zeitpunkten erfolgt (um 1900, Mitte der 1920er, im Zweiten Weltkrieg, Mitte der 1960er und nach 1990), ist es möglich, die Situation der jeweiligen Gesellschaft mit jenen anderer europäischer Länder zu vergleichen.

Zu den wichtigsten Leitlinien von Waechters Darlegung gehören erstens die schwierige Nationsbildung in einer äußerst vielfältigen, ja gespaltenen Gesellschaft vor 1914 und das sich immer wieder neu und anders stellende Problem der Integration einer heterogenen Gesellschaft. In dem bis 1914 von Monarchien dominierten Europa erhob das Frankreich der 3. Republik den Anspruch, die politische Avantgarde zu bilden. Doch die fortschrittliche politische Ordnung betraf eine Gesellschaft, die verspätet in die industrielle Moderne eintrat, beschränkte sich die Industrialisierung des Landes doch nur auf wenige Regionen, in erster Linie die Île-de-France und den Nordosten. Zwischen dem Selbstverständnis der republikanischen Eliten und der sozialen Realität – einer vor allem auf dem Land unbeweglichen, auf sich selbst

bezogenen Gesellschaft – bestand somit ein Spannungsverhältnis. Aus eben diesem lässt sich die besondere Rolle erklären, welche die republikanischen Eliten dem Staat zuwiesen: unverzichtbarer Motor des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts und rationaler Erzieher einer weithin zurückgebliebenen Gesellschaft.

Die Gründer der 1870 errichteten 3. Republik sahen in der französischen Nation eine Gemeinschaft von Bürgern, die sich der Devise der Revolution von 1789 „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ verpflichtet fühlten und an diesem gemeinsamen Projekt mitwirkten. Die Nation sollte durch das immaterielle Band gemeinsamer Werte, durch die französische Sprache als Grundlage der gemeinsamen Zivilisation und durch den Staat als Garant einer einheitlichen Verwaltung und der Unteilbarkeit der Nation zusammengehalten werden. Dem Streben nach Einheit stand allerdings stets eine große Diversität, ein Charakteristikum der französischen Gesellschaft bis heute, gegenüber: im späten 19. Jahrhundert eine Vielfalt von lokalen Identitäten, regionalen Sprachen, soziokulturellen Traditionen und Praktiken sowie – selbstverständlich – sozialen Schichten und Klassen.

Weitere wichtige Leitlinien der Gesamtdarstellung sind zweitens der Kolonialismus und die Dekolonisierung, drittens das zwiespältige Verhältnis zur europäischen Integration. Viertens hatten die Katastrophe von 1940 und die Geschehnisse während des Zweiten Weltkriegs eine zentrale Bedeutung für die Geschichte nach 1945.

In politischer Hinsicht wurde das 19. Jahrhundert geprägt durch den Konflikt zwischen den Republikanern auf der einen Seite, welche die Ideale der Re-

volution von 1789 umzusetzen versuchten, und verschiedenen Strömungen von Monarchisten auf der anderen Seite, nämlich Bonapartisten, Befürwortern eines liberalen Königtums und Legitimisten. Erst mit der Etablierung der 3. Republik endete das bis dahin kennzeichnende Oszillieren zwischen monarchischen, republikanischen und cäsaristischen politischen Regimen. Tendenzen, die sich für das 20. Jahrhundert weithin prägend erweisen sollten, entstanden bereits in den 1880er-Jahren: die Verbreitung eines einheitlichen Nationalbewusstseins, die Konsolidierung der Republik und die koloniale Expansion.

Die Stabilisierung der Republik nach 1875 beruhte allerdings auf einem Kompromiss zwischen den Trägerschichten des 2. Kaiserreichs, den sog. „Notabeln“ (Adel, Großbürgertum), und den neuen bürgerlichen Führungsschichten (Rechtsanwälte und Notare, Geschäftsleute, Ingenieure, Ärzte, Professoren, Lehrer, Journalisten). Der Arbeiterbewegung wurden nur geringe Partizipationschancen eingeräumt.

Gravierende innere Gegensätze der Arbeiterschaft behinderten die Entstehung des Klassenbewusstseins und eine effektive Interessenvertretung. Ideologische Fragmentierung, mangelnde Kooperation zwischen Gewerkschaften und Linksparteien sowie die Uneinigkeit über den Weg zur Abschaffung des Kapitalismus (Revolution oder Evolution) waren drei besondere Merkmale der französischen Arbeiterbewegung, die bis weit ins 20. Jahrhundert fortbestehen sollten.

In den 1880er-Jahren entstand ein neuer, rechter, antiparlamentarischer und autoritärer, seit der Dreyfus-Affäre (1894-1906) auch antisemitischer Nationalismus. Dieser bereitete den geis-

tigen Boden für das Vichy-Regime. Um die Jahrhundertwende bildeten sich somit zwei gegensätzliche Auffassungen von Frankreich heraus, die im 20. Jahrhundert prägend bleiben sollten: „auf der einen Seite ein inklusives Verständnis, das es als eine prinzipiell offene Gemeinschaft verstand, die zugleich ihren Bürgern eine gewisse Anpassung an die republikanischen Werte – insbesondere den Laizismus – abverlangte; auf der anderen Seite ein exklusives Konzept, das – indem es Frankreich als eine Stammesgemeinschaft begriff – eine Vielzahl von Landesbewohnern von vornherein ausschloss“ (S. 102).

Waechter fasst zusammen: „Auch wenn die Republik ihre eigenen Ansprüche und Ziele nur zum Teil erfüllt hatte, konnte sie auf beeindruckende Erfolge zurückblicken: die Verbesserung der Bildung und der Infrastruktur, eine wachsende Wirtschaft, die Regelung des Konfliktes zwischen Staat und Kirche, die Stabilisierung des parlamentarischen Regierungssystems“ (S. 114).

Die Zwischenkriegszeit

Mit rd. 2 Mio. Todesopfern bezahlte Frankreich im Ersten Weltkrieg einen ungeheuren Blutzoll. Diese Opferzahl wirkte sich in einer Gesellschaft mit stagnierender Bevölkerung besonders gravierend aus. Insofern als hohe Klassenschränken und viele geschlechtsbezogene Segmentierungen abgebaut wurden, bewirkte der „Große Krieg“ einen gewissen gesellschaftlichen Integrationsschub. Dieser war allerdings weniger ausgeprägt und nachhaltig als in anderen westeuropäischen Ländern; so wurde den Frauen weiterhin das Wahlrecht verweigert. Am Ende des Krieges erlebte Frankreich keinen

politischen Umsturz, keine Revolution, das etablierte politische System blieb im Wesentlichen bestehen.

Die Gewerkschaftsbewegung ging aus dem Krieg gestärkt hervor, ihre Mitgliederzahl verdreifachte sich gegenüber 1913. Doch die Spaltung der Arbeiterbewegung als Folge der Oktoberrevolution in Russland verhinderte einen nachhaltigen Aufschwung der Arbeiterbewegung. Ende 1920 spaltete sich die SFIO, und die kommunistische Mehrheit trat unter dem Parteinamen SFIC (ab 1921 PCF) der Kommunistischen Internationale bei, womit sie dem Diktat Moskaus unterlag. Wenig später traten die kommunistischen Gewerkschafter aus der CGT aus und gründeten einen eigenen Dachverband, die CGTU. Mit der Spaltung der Arbeiterbewegung verschärfen sich die gesamtgesellschaftlichen Gegensätze, vertieften sich die Frontstellungen zwischen Klassen und Milieus.

Der wirtschaftliche Strukturwandel verlief auch in der Zwischenkriegszeit eher langsam. Der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft fiel nur moderat, nämlich von 43% 1906 auf 36% 1931. Anfang der 30er-Jahre bildete die Sachgüterproduktion erstmals den in Bezug auf den Erwerbstätigenanteil größten der drei Sektoren. Immerhin entwickelte sich die Großindustrie in den 20er-Jahren dynamisch und erzielte beeindruckende Exporterfolge, unterstützt auch durch die Schwäche des Franc.

Frankreich schlug den Weg zu einem organisierten Kapitalismus ein: Ab 1926 waren unternehmerische Absprachen, welche der „Stabilisierung der Märkte“ und der Behauptung gegenüber ausländischer Konkurrenz dienten, gesetzlich gestattet. Die Rolle des Staates in der Wirtschaft nahm zu,

v. a. durch sein Engagement beim Wiederaufbau der Infrastruktur in den Kriegszonen und durch staatliche Beteiligungen an sog. „Gemischten Gesellschaften“, bspw. im Bergbau und im Energiewesen.

Die Wirtschaftskrise der 1930er-Jahre wirkte sich in Frankreich erst spät aus, war weniger tief als bspw. in Österreich oder Deutschland (insbesondere in Bezug auf die Beschäftigung), währte aber lang. Der Einbruch der Exportwirtschaft vertiefte sich drastisch, nachdem 1931 Großbritannien und in der Folge weitere Länder, v. a. Belgien 1935, vom Goldstandard abgegangen waren. Während Deutschland und Großbritannien 1932 den Tiefpunkt der Depression durchschritten, verharrte Frankreich noch mehrere Jahre darin: 1938 erreichte das reale BIP nur 96% des Werts von 1929. Ausschlaggebend dafür war in erster Linie die Wirtschaftspolitik der Regierungen, die allesamt einen deflationären Austeritätskurs, konkret die Bewahrung des Goldstandards und ausgeglichene Staatshaushalte, verfolgten. Zur Schwäche der Binnennachfrage trugen auch die stagnierende Bevölkerung und die Autarkie erheblicher Teile der Landbevölkerung bei. Die Arbeitslosenrate blieb relativ niedrig (zwischen 5 und 10%), u. a. weil vielen ausländischen Arbeitskräften die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert wurde.

In der Wirtschaftskrise verstärkten sich die Politisierung und die Polarisierung der Gesellschaft, zwischen einer erstarkten sozialistischen Linken und einer gespaltenen Rechten, an deren äußerstem Flügel sich zahlreiche antiparlamentarische Organisationen sowie paramilitärische Verbände („Ligen“) tummelten.

Ermöglicht durch den Kurswechsel

Stalins gegenüber sozialistischen Parteien errichteten die drei Linksparteien, die beiden großen Gewerkschaftskonföderationen und zahlreiche zivilgesellschaftliche Vereine im Jänner 1936 eine gemeinsame Wahlplattform, die „Volksfront“. Die seit 1920 getrennten Gewerkschaftsdachverbände fanden sich im März 1936 zu einer wiedervereinten CGT zusammen. Bei der Parlamentswahl im Mai 1936 errang die Volksfront einen knappen Sieg über die „Nationale Front“ der Rechten. Sozialisten und Radikale bildeten eine Regierung unter Léon Blum, die von dem PCF unterstützt wurde.

Die Linksregierung erhöhte die öffentlichen Investitionen, v. a. im Infrastrukturbereich, um die Konjunktur anzukurbeln. Sozialisierungsmaßnahmen unterblieben, um die Wähler der Radikalen Partei nicht zu verschrecken. Immerhin wurde die Nationalbank der Kontrolle durch die Reichsten der Reichen entrissen.

Die Mobilisierung der Arbeiterschaft erreichte ungekannte Ausmaße. Eine gewaltige Streikwelle erfasste den privaten Wirtschaftssektor, und die Gewerkschaften erhielten starken Zulauf. Anfang Juni 1936 traf Ministerpräsident Blum mit Vertretern des Arbeitgeberdachverbands CGPF und der CGT zusammen und handelte mit diesen eine Beendigung der Streiks und eine generelle Lohnerhöhung aus. Das sog. Matignon-Abkommen beinhaltete ferner die Senkung der wöchentlichen Normalarbeitszeit auf 40 Stunden und die Einführung eines zweiwöchigen bezahlten Urlaubs auf Gesetzesweg. Weiters sah die Vereinbarung eine völlige Neuordnung der Arbeitsbeziehungen vor: Kollektivverträge auf Branchenebene, die Einrichtung von Belegschaftsdelegierten in Unternehmen mit

dem Recht auf den Abschluss von Betriebsvereinbarungen, usw. Das dreiseitige Abkommen stellte mithin den Versuch dar, die widerstrebenden Arbeitgeber zur Mitwirkung an einem neokorporatistischen Arbeitsbeziehungssystem zu verpflichten.¹

Doch die Euphorie auf der Linken währte nicht lange. Die Absicht der Regierung, den Wechselkurs des Franc zu behaupten, erwies sich als schwerer Fehler, schränkte er doch den wirtschaftspolitischen Spielraum erheblich ein – insbesondere angesichts des internationalen Abwertungswettlaufs. Im September 1936 war die Regierung zur Abwertung gezwungen. Die folgende importierte Inflation entwertete die Löhne der Arbeiter und die Einkommen der kleinen Gewerbetreibenden, und die Vermögenden verbrachten ihr Finanzkapital ins Ausland. Erst nach drei Abwertungen setzte 1938 eine moderate wirtschaftliche Erholung ein. Im April 1938 endete das politisch-soziale Experiment der Volksfront, gescheitert an den inneren Widersprüchen der Linken, am Widerstand der Rechten und der Unternehmerschaft und an der sich zuspitzenden internationalen Lage. Die meisten der Reformen wurden von den folgenden Rechtsregierungen rasch wieder aufgehoben.

„Das Verdienst der Volksfront war zweifellos, eine Übernahme der Macht durch Rechtsextreme und Faschisten verhindert zu haben“, schreibt Wolfgang Schmale (2000, S. 265). Waechter wiederum streicht die historische Bedeutung der Volksfront als umfassendes gesellschaftliches Reformprojekt heraus: „Bis heute bleibt sie ein Modell der politischen Mobilisierung und des kollektiven Elans, der die Arbeiterschaft ein Stück mehr in die Republik integrierte“ (S. 210).

Die Nachkriegszeit

Im 3. Abschnitt befasst sich Waechter erstens mit Frankreich im Zweiten Weltkrieg: dem militärischen, politischen und gesellschaftlichen Zusammenbruch im Sommer 1940, der Vichy-Regierung, mit Kollaboration, Widerstand, Bürgerkrieg und Befreiung. Der Autor betont, dass der Waffenstillstand vom 22.6.1940 ein Ereignis sei, dessen Bedeutung bis in die Gegenwart reiche: „Die Neuordnung nach der Befreiung, Frankreichs Option für die europäische Einigung, die Dekolonisierung, der Regimewechsel 1958 – alle diese grundlegenden Entwicklungen sind ohne den Hintergrund des Juni 1940 nicht verstehbar“ (S. 225). Mit Pétain verabschiedete sich ein Teil der Franzosen von den Werten des Westens, die Frankreich wesentlich mitgestaltet hatte. Das Vichy-Regime² bildete eine Antithese zur republikanischen Tradition.

Zweites Thema sind die politische Neuordnung nach dem Krieg, die in der Einführung des Frauenwahlrechts 1944 und der Verfassung von 1946 gipfelte, sowie die innere Politik der 4. Republik (1946-1958), die im Zeichen der sozialen Re-Integration, des Wiederaufbaus und im Schatten des Kalten Kriegs stand. Im Gegensatz zu den Vorstellungen de Gaulles etablierte die Verfassung ein parlamentarisches Regierungssystem.

Mit der gaullistischen MRP (ab 1947 RPF), der SFIO und dem PCF dominierten drei Parteien, welche – mit freilich erheblich unterschiedlichen Konzepten – „für eine entscheidende gesellschaftliche Umgestaltung im Geiste der sozialen Gerechtigkeit, die Abkehr vom liberalen Kapitalismus und eine Stärkung der Staatstätigkeit eintraten“ (S. 291).

„Mit der Befreiung kam es zum Durchbruch eines neuen Gesellschaftsmodells, das dem Staat eine zuvor nie gekannte Gestaltungsmacht in den sozioökonomischen Beziehungen einräumte, die Bürger gegen Lebensrisiken absicherte und den Grundstein für Jahrzehnte des wirtschaftlichen Wachstums und der Modernisierung legte“ (S. 303). Konkrete Schritte bildeten die Verstaatlichung des Energiewesens, des Finanzsektors, des Kohlebergbaus und der größten Autofirma Renault (1944-1946); der weitere Ausbau des modernen Wohlfahrtsstaats mit der Einrichtung der „Securité sociale“ 1945, der einheitlichen Kranken-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung für alle ArbeiterInnen und Angestellten, selbstverwaltet durch die Sozialpartner; die Einführung der indikativen Wirtschaftsplanung mit der Gründung des „Commissariat général du Plan“ 1946.³

Auf Geheiß Stalins stand der PCF ab 1947 in Fundamentalopposition zur 4. Republik. Der Kalte Krieg spaltete also das politische Frankreich in zwei Lager, mit RPF und PCF als Hauptexponenten der ideologisch-politischen Konfrontation. Auch in der Gewerkschaftsbewegung schlug sich dies nieder: 1947 trennte sich eine Minderheit von der kommunistisch dominierten CGT und gründete die parteiunabhängige Gewerkschaftskonföderation FO.

Das dritte Thema ist die Entscheidung über die Rolle Frankreichs in Europa und der Welt. Zwei unterschiedliche Strategien standen einander gegenüber: Die Erste zielte auf die Wiederherstellung vergangener Größe, also einen Großmachtstatus, der Frankreich mit einem bedeutenden, eigenständigen Handlungsspielraum ausstatten sollte. Die zweite Strategie

nahm die reduzierte Machtstellung Frankreichs zur Kenntnis und sah eine neue und vertiefte Zusammenarbeit zwischen den (west-)europäischen Ländern vor, strebte letzten Endes supranationale europäische Institutionen in zentralen Politikfeldern an. Die erste Strategie verfolgte Charles de Gaulle, die zweite entwickelte Jean Monnet, der Initiator der EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, 1950). Das Spannungsverhältnis zwischen diesen beiden außenpolitischen Strategien dauert bis in die Gegenwart an. Im Großen und Ganzen obsiegte das Monnet'sche Konzept: Frankreich gehörte zu jenen Ländern, die 1957 mit den Römischen Verträgen die EWG gründeten.

Das Ende des Weltkriegs bedeutete für Frankreich nicht Frieden, denn 1945 begannen Kolonialkriege (Indochina 1945-1954, Algerien 1954-1962), die noch achtzehn Jahre währen sollten. Das blutige Ende des französischen Kolonialismus bildet den vierten Schwerpunkt des 3. Abschnitts.

Les Trente Glorieuses

Im 4. Abschnitt beschäftigt sich Wachter mit Frankreich in der goldenen Ära des fordistischen Kapitalismus. 1979 veröffentlichte der durch seine Dreisektorenhypothese berühmt gewordene Ökonom Jean Fourastié ein Buch über die „glorreichen“ Nachkriegsjahrzehnte, die geprägt waren von einem historisch unvergleichlichen Wirtschaftswachstum und einer tiefgreifenden sozioökonomischen Transformation unter der Wirtschaftsordnung des fordistischen Kapitalismus sowie der beginnenden wirtschaftlichen Integration Westeuropas. Zwischen 1960 bis 1968 verzeichnete

Frankreich ein durchschnittliches reales Wirtschaftswachstum von 5,4% und zwischen 1968 und 1973 von 5,5%.⁴ Das Land wandelte sich zu einer modernen Industrie-, Dienstleistungs- und Konsumgesellschaft. Der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft halbierte sich zwischen 1960 und 1974 von 22,5% auf 10,6%.⁵ Der betreffende Anteil der Sachgüterproduktion erreichte in der Hochkonjunktur Anfang der 1970er-Jahre seinen höchsten Wert (1974 39,4%). Mitte der 70er absorbierte der Dienstleistungssektor bereits die Hälfte der Erwerbstätigen (1974 49,9%).

Die Algerienfrage spaltete das Land und brachte 1958 die 4. Republik zu Fall.⁶ De Gaulle initiierte ein Referendum über eine neue Verfassung, welches im September 1958 stattfand und eine überwältigende Mehrheit für ein semi-präsidentielles Regierungssystem ergab. Die Verfassung der 5. Republik stellte einen klaren Bruch mit jenen der 3. und 4. dar. Im Zentrum des neuen politischen Systems stand nicht mehr wie seit 1875 das Parlament, sondern der Präsident der Republik. Dieser erhielt nun sogar das Recht, die Nationalversammlung aufzulösen und Neuwahlen auszurufen, was der republikanischen Tradition fundamental widersprach.

Im letzten Abschnitt beschreibt und analysiert Waechter die Entwicklung Frankreichs zwischen der Regierungsübernahme durch Mitterand und dem Inkrafttreten der dritten Stufe der Europäischen Währungsunion.

Die Lektüre des Bandes ist pures Vergnügen, denn Waechter schreibt flüssig, klar und pointiert. Im Zentrum seiner einführenden Darstellung stehen die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und Strukturen.

Allen, die an der politischen und sozialen Gegenwart und Geschichte Frankreichs interessiert sind, ist das Buch sehr zu empfehlen. Wer etwa in Erfahrung bringen möchte, ob die Konflikte zwischen Zentrum und Peripherie, die in jüngster Zeit in den Gelbwestenprotesten zum Ausdruck gekommen sind, ein neues Phänomen darstellen oder ein im zurückliegenden Jahrhundert in unterschiedlicher Form und Substanz häufig aufgetretenes, wird ebenso Antworten oder Teilantworten finden wie diejenigen, die wissen möchten, wieso die französischen Gewerkschaften eine vergleichsweise ausgeprägte Streikneigung haben.

Michael Mesch

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Crouch (1993) 161.
- ² Siehe dazu Loth (1992) Kap. 8, S. 115ff.
- ³ Zur indikativen Wirtschaftsplanung siehe Lauber (1987), Mesch (1987).
- ⁴ OECD (1989) 44, Tab. 3.1.
- ⁵ Ebendort 36, Tab. 2.9.
- ⁶ Vgl. Kershaw (2018) 108ff.

Literatur

- Chaloupek, Günther; Teufelsbauer, Werner, Gesamtwirtschaftliche Planung in Westeuropa. Theoretische Entwicklungen und praktische Erfahrungen seit 1970 (Frankfurt am Main 1987).
- Crouch, Colin, *Industrial Relations and European State Traditions* (Oxford 1993).
- Fourastié, Jean, *Les Trente Glorieuses ou la révolution invisible de 1946 à 1975* (Paris 1979).
- Kershaw, Ian, *To Hell and Back. Europe 1914-1949* (London 2016).
- Kershaw, Ian, *Achterbahn. Europa 1950 bis heute* (München 2018).
- Lauber, Volkmar, *Länderstudie Frankreich*, in: Chaloupek, Teufelsbauer (1987) 69-111.

Loth, Wilfried, Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert (Frankfurt a. Main 1992).
 Mesch, Michael, Einkommenspolitik in Frankreich, in: Chaloupek, Teufelsbauer (1987) 241-252.

OECD, Historical Statistics (Paris 1989).
 Schmale, Wolfgang, Geschichte Frankreichs (UTB 2145, Stuttgart 2000).

EU-Infobrief: Europa und Internationales in kritischer und sozialer Perspektive – kostenlos beziehen

Bestellen!

Unter
wien.arbeiterkammer.at/infobrief-bestellen
 können Sie den EU-Infobrief kostenlos bestellen.



Der EU-Infobrief erscheint 5x jährlich in digitalem Format und bietet kritische Analysen zu europäischen und internationalen Fragen. Dabei widmet sich die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK Wien insbesondere Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Der Anspruch ist nicht nur mehr Einblick in aktuelle Prozesse auf europäischer und internationaler Ebene zu geben, sondern gerade auch Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus aufzuzeigen. Kurze Artikel geben einen schnellen Überblick zu aktuellen Themen, Langbeiträge widmen sich vertiefenden Analysen, einschlägige Publikationen werden in knappen Rezensionen vorgestellt.



WIEN